

TTIP-Neuaufgabe: Lindner fordert neues Freihandelsabkommen mit den USA

Finanzminister Christian Lindner will die deutsche Abhängigkeit von China reduzieren. Ökonomen sind von dem Vorschlag begeistert. Die Koalitionspartner sind skeptisch.

20.03.2022 - 09:54 Uhr



Der Finanzminister

Christian Lindner (FDP) brachte TTIP wieder ins Spiel.

[\(Foto: dpa\)](#)

Berlin, Brüssel Am kommenden Donnerstag reist US-Präsident [Joe Biden](#) zum EU-Gipfel nach Brüssel. Die [USA](#) und die EU sind seit [Ausbruch des Ukrainekriegs](#) so eng zusammengerückt wie seit Jahrzehnten nicht mehr. Das Zerwürfnis der Trump-Ära scheint überwunden zu sein.

Bundesfinanzminister [Christian Lindner](#) (FDP) will diese Gelegenheit nutzen und die Partnerschaft weiter vertiefen – und wagt den großen Aufschlag: „Wir sollten die Verhandlungen zu einem [transatlantischen Freihandelsabkommen](#) wieder aufnehmen. Gerade jetzt in der Krise zeigt sich, wie wichtig der freie Handel mit Partnern in der Welt ist, die unsere Werte teilen“, sagte [Lindner](#) dem Handelsblatt. „Aus den Erfahrungen mit den TTIP-Gesprächen sollten wir dabei lernen.“

Mit seinem Vorstoß dürfte Lindner in Berlin, in anderen europäischen Hauptstädten sowie in Washington Aufsehen erregen. Denn die letzten Verhandlungen über ein transatlantische Freihandelsabkommen, kurz TTIP genannt, waren 2016 krachend gescheitert – insbesondere an [Deutschland](#).

TTIP sah vor, die europäische und amerikanische Wirtschaft enger zu verzahnen. Die Verhandler wollten Zölle abbauen, Regulierungsstandards angleichen und versprachen sich davon große Wohlstandsgewinne. Vor dem Hintergrund der neuen geopolitischen Lage lebt die Idee nun wieder auf. Die Verbindungen des Westens zu Russland sind gekappt. Und die Sorge wächst, dass sich auch China weiter vom Westen abkoppeln könnte, um autarker zu werden.

Ökonomen unterstützen den Vorschlag einhellig: „Ein europäisch-amerikanisches Handelsabkommen braucht es in diesen Zeiten dringender denn je“, sagt Handelsökonom Vincent Stamer vom Kieler Institut für Weltwirtschaft (IfW).

Mahnmal der TTIP-Gegner

Das Chlorhuhn ist in [Deutschland](#) zum Symbol für den Widerstand gegen TTIP geworden. Wenn der Handel mit den [USA](#) umfassend liberalisiert würde, so trommelten die Gegner damals, dann würden die Deutschen bald mit Chlor behandelte Hühnchen aus Amerika vorgesetzt bekommen.

Das Argument verfiel, auch wenn es wenig Substanz hatte: Die Deutschen gingen auf die Straße, als die USA und die EU im vergangenen Jahrzehnt über das transatlantische Freihandelsabkommen verhandelten. Es kam zu den größten Demonstrationen seit dem [Nato-Doppelbeschluss](#) Anfang der 1980er-Jahre. Auch vor einer drohenden Absenkung von Umwelt- und Verbraucherstandards wie vor der Einrichtung einer Paralleljustiz durch private Schiedsgerichte warnten die Kritiker.

Die Gespräche gerieten bald ins Stocken, die damalige Bundesregierung unterstützte das Abkommen nur noch halbherzig. Mit der Wahl Donald Trumps zum US-Präsidenten 2016 hatte man dann einen Vorwand, das Freihandelsabkommen ad acta zu legen.

Doch die Zeiten haben sich geändert. Nicht nur, dass mit [Biden](#) jetzt ein Präsident im Weißen Haus sitzt, der Europa wohlgesonnen ist und alte Handelsstreitereien entschärft hat. Allen voran der Ukrainekrieg könnte zu einer grundlegenden Neuordnung der globalen Wirtschaftsbeziehungen führen.



Demonstration gegen TTIP

Im Jahr 2015 demonstrierten nicht nur in Berlin die Menschen gegen das Freihandelsabkommen.

[\(Foto: dpa\)](#)

Manche Experten fürchten eine Zweiteilung der Weltwirtschaft: in einen westlichen und einen autokratischen Block. Eine günstige Gelegenheit für einen transatlantischen Handelspakt?

USA ist wichtigster Handelspartner Deutschlands

Schon heute sind die USA laut dem IfW der mit Abstand wichtigste Handelspartner der EU und auch Deutschlands. Und dies dürfte sich noch verstärken. So zieht die deutsche Wirtschaft schon erste Konsequenzen aus dem Krieg mit Blick auf ihre Investitionen in den verschiedenen Regionen der Welt.

[Volkswagen](#)-Chef [Herbert Diess](#) etwa erklärte vor ein paar Tagen [im Handelsblatt-Interview](#), [insbesondere den US-Markt stärken zu wollen](#). Der Marktanteil in den USA solle von vier auf zehn Prozent steigen. [VW](#), das zuletzt stark auf China gesetzt hatte, müsse sich „weltweit noch breiter aufstellen“, so [Diess](#).

Die deutsche Wirtschaft würde von einem neuen transatlantischen Freihandelsabkommen profitieren. Ökonomen unterstützen Lindners Vorschlag deshalb. So sagt Achim Wambach, Präsident des Zentrums für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW), die ökonomische Antwort auf Versorgungsengpässe und strategische Abhängigkeiten seien nicht unbedingt Renationalisierung, sondern vielmehr Diversifizierung, also der Aufbau alternativer Lieferanten.

„Das spricht dafür, dass wir mehr Handelsabkommen insgesamt und insbesondere mit Bündnispartnern wie den USA abschließen, statt wie in der Vergangenheit so lange dabei zuzusehen, wie sie torpediert werden, bis sie zum Scheitern verurteilt sind“, sagt der Ökonom.

TTIP ruft schlechte Erinnerungen hervor

Auch IfW-Handelsökonom Stamer zufolge muss der Westen seine Handelsbeziehungen dringend stärken. „Wenn China als Absatzmarkt wegbrechen sollte, müssen wir schon vorher für adäquate Alternativen sorgen“, sagt er. Von Größe und Wirtschaftskraft her sei weltweit nur ein Land annähernd adäquat zu China: die USA.

Mögliche Verhandlungen, so viel ist sicher, würden jedoch auf starke Vorbehalte treffen: in Washington, in Brüssel und in Berlin. So haben die Grünen TTIP bekämpft, insbesondere auch die heutige Fraktionschefin Katharina Dröge. Wenn sich nun ausgerechnet der grüne Wirtschaftsminister Robert Habeck Lindners Idee anschliesse, würde er sich parteiintern viel Ärger einhandeln.

In der EU-Kommission, die für Europas Handelspolitik zuständig ist, sind wiederum die Erinnerungen an das Scheitern von TTIP noch frisch. Noch mal würde man sich in Brüssel ungern so ein blaues Auge holen. Auch Frankreichs Präsident Emmanuel Macron dürfte Widerstand leisten.

In Washington gibt es ebenfalls Bedenken. Tyson Barker, der im US-Außenministerium an den TTIP-Verhandlungen beteiligt war, erinnert daran, dass die Initiative für TTIP von der damaligen Kanzlerin [Angela Merkel](#) ausgegangen war. „Dass das Abkommen dann später auch an Deutschland scheiterte, hat man in Washington nicht vergessen“, sagt Barker, heute Experte der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP). „Die Amerikaner fühlten sich von der Bundesregierung im Stich gelassen, als Merkel sich weigerte, ihr politisches Kapital einzusetzen, um die Gespräche zu retten.“



Die Beziehung zwischen Angela Merkel und Donald Trump war nicht immer gut

Mit der Wahl des US-Präsidenten wurde TTIP ad acta gelegt.

(Foto: imago/Eibner Europa)

Auch der politische Kalender trübt die Aussicht auf erfolgreiche Verhandlungen. Biden stehen im Herbst schwere Kongresswahlen bevor. Danach blieben nur zwei Jahre bis zur nächsten Präsidentschaftswahl. „Das Zeitfenster ist brutal eng. Wenn man ein Abkommen anstrebt, hätte man mit den Verhandlungen eigentlich längst loslegen müssen“, sagt ein deutscher Regierungsvertreter.

Auf der anderen Seite: Durch den Ukrainekrieg ist in den vergangenen Wochen vieles möglich geworden, was am Tag zuvor noch undenkbar schien. Nach Handelsblatt-Informationen sucht die US-Regierung derzeit nach Ideen, die man vorantreiben könnte, um den Zusammenhalt der demokratischen Welt zu stärken.

Ein Handelspakt wie Wirtschafts-Nato?

Der ganz große handelspolitische Wurf erscheint unrealistisch, aber möglicherweise könnten beide Seiten ein „TTIP light“ aushandeln: also ein abgespecktes Abkommen. Dabei würden sensible Bereiche wie Verbraucher- und Umweltstandards ausgeklammert. Die Verhandlungen würden sich stattdessen auf den Abbau von Zöllen konzentrieren.

Solche Ideen kursierten bereits, als TTIP 2015 vor dem Scheitern stand. Das bedeutet auch: USA und EU könnten bei einem neuen Anlauf auf den Verhandlungen von damals aufbauen. Nur das Kürzel „TTIP“ darf niemand in den Mund nehmen. Diese vier Buchstaben sind für alle Zeit politisch verbrannt.

Einen Anknüpfungspunkt könnte der neue Handels- und Technologierat zwischen der EU und den USA bilden, der „Trade and Technology Council“, kurz TTC. In diesem Forum tauschen sich beide Seiten über Standards für Künstliche Intelligenz aus und beraten, wie sie einseitige Abhängigkeiten vermeiden können, etwa bei der Chipproduktion.

Ziel sei „ein breit angelegtes Wachstum in beiden Wirtschaftsräumen“, das „mit unseren gemeinsamen demokratischen Werten vereinbar ist“, erläutert der Sprecher der US-Botschaft in Berlin, Joseph Giordano-Scholz. So trage der TTC zur Bewältigung der Klimakrise und zur „Bekämpfung unfairer Handelspraktiken“ bei.

Allerdings ist fraglich, ob die Amerikaner bereit wären, die Agenda substanziell zu erweitern und auch Themen wie Zollsenkungen zu diskutieren.

Lindner hat noch einiges zu tun

US-Präsident Biden ist mit dem Versprechen angetreten, die Mittelschicht zu stärken. Doch die Liberalisierung des Welthandels wird in großen Teilen der amerikanischen Wählerschaft mit Fabrikschließungen und stagnierenden Einkommen assoziiert. „Gerade der Rechtspopulist Trump hat sich das zunutze gemacht“, sagt DGAP-Experte Barker. „Politisch ist das Thema für Biden äußerst heikel.“

Lindner wird somit noch einige Überzeugungsarbeit leisten müssen. Als erstes Signal für eine neue Freihandelsoffensive könnte die EU das Ceta-Abkommen abnicken. Das Freihandelsabkommen mit Kanada wurde im Windschatten von TTIP ausverhandelt, das EU-Parlament hat es 2017 verabschiedet, einige Teile sind seitdem in Kraft. Allerdings haben einige EU-Mitgliedstaaten Ceta bis heute nicht angenommen.

„Deutschland sollte jetzt endlich auch das Ceta-Abkommen ratifizieren“, fordert Lindner. Nachdem das [Bundesverfassungsgericht](#) diese Woche Verfassungsklagen abgewiesen und entschieden hat, dass Deutschland sich weiterhin an Ceta beteiligen darf, gebe es „keinen Grund, ein solches Abkommen mit einem befreundeten Staat wie Kanada länger aufzuhalten“, sagte Lindner. Allerdings gibt es bei Ceta die gleichen Bremser: die Grünen. Die wollen sich erst einmal Zeit lassen. Zeit, die man bei einem Anlauf für ein neues TTIP nicht hat.

Quelle: Handelsblatt